

# Kein Kind zurücklassen – Beste-Bildungs-Stadt Rheinbach

## Antrag für die Jahreshauptversammlung der SPD Rheinbach am 31. März 2011

Antragsteller: Folke große Deters für den Arbeitskreis „Bildung“

### I) Unser Leitbild:

Wir wollen kein Kind auf seinem Bildungsweg verlieren. Denn gute Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch ist anders, aber jeder Mensch verfügt über Potenziale und Fähigkeiten, die erkannt und gefördert werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang. Von guter Bildung hängen die Lebenschancen und das Lebensglück eines jeden einzelnen und der Wohlstand von uns allen ab. Gute Bildung muss Mut machen, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, sich in unser demokratisches Gemeinwesen einzubringen und das eigene Leben frei und verantwortlich zu gestalten. Gute Bildung geht daher über reine Wissensvermittlung hinaus, sondern nimmt den ganzen Menschen und seine Bedürfnisse in den Blick.

Rheinbach hat nicht zuletzt dank eines vielfältigen Schulangebotes, engagierter Eltern und großartiger Initiativen wie den „Neuen Pfaden für Jugendliche“ oder der „Kinder- und Jugendinitiative Merzbach“ hervorragende Perspektiven, sich von der „Stadt der Schulen“ zur „Besten-Bildungs-Stadt“ weiterzuentwickeln. Das ist unsere Vision, die wir gemeinsam mit allen Rheinbacherinnen und Rheinbachern Schritt für Schritt entwickeln wollen.

### II) Unsere Ziele:

**1.) Anfang mit Abschluss:** Wir wollen keinen Jugendlichen ohne einen Berufsqualifizierenden Abschluss ins weitere Leben entlassen.

**2.) Bildungsstadt Rheinbach:** Dieses ehrgeizige Ziel und ganzheitlich gedachte gute Bildung werden dann erreicht, wenn mehr in lebensweltlichen Zusammenhängen statt in Kompetenzen gedacht wird. Unsere Bildungslandschaft muss sich dadurch auszeichnen, dass Familien, Kinder- und Jugendhilfe, Kirchen, Vereine und Initiativen in stabilen Strukturen zusammenarbeiten. Das funktioniert nur, wenn alle Beteiligten frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

**3.) Solidarität von Anfang an:** Wir wollen Familien und ihre Kinder über die zwingenden gesetzlichen Vorgaben hinaus auf ihrem Weg begleiten und unterstützen. Das „Dormagener Modell“ mit Unterstützungsangeboten für Familien ab Geburt der Kinder kann uns Ideen für ein „Rheinbacher Modell“ liefern. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Kinder schon ganz am Anfang die Solidarität der Gemeinschaft erfahren, die sie für ihre weitere Entwicklung brauchen.

**4.) Für jeden Spatz ein Platz:** Wir wollen ein umfassendes und lückenloses Betreuungsangebot vom Kleinkind bis zur/m Schüler/in aufbauen. Im ersten Schritt sind die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Auch für Schülerinnen und Schüler müssen flächendeckend und ausreichend Ganztagsangebote bereit stehen.

**5.) Klasse vor Kasse:** Der Zugang zum Menschenrecht „Gute Bildung“ muss unabhängig vom Bankkonto der Eltern sein – und das ohne Wenn und Aber: Unser Fernziel bleibt ein kostenfreies Bildungsangebot auch schon vor der Einschulung. Die von der NRW SPD durchgesetzte Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres ist ein erster Schritt. Mittelfristig muss es darum gehen, die noch erhobenen Gebühren für KiTa und Offene Ganztagschule sozialverträglich auszugestalten. Mit einer Ausstattung von gestern können Schülerinnen und Schüler nicht angemessen auf die Welt von morgen vorbereitet werden: Deshalb wollen wir trotz knapper Kassen kontinuierlich investieren.

**6.) Bildungsnähe überall:** Trotz demographischen Wandels wollen wir auch in den Ortschaften ein wohnortnahes Angebot mit Kindertagesstätten und Grundschulen erhalten. Schülerinnen und Schüler auf den weiterführenden Schulen müssen ihre Schule mit Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) gut erreichen können.

**7.) Einschließen statt Ausschließen:** Wir bekennen uns zur Grundidee der inklusiven Pädagogik. Der gedankliche Ausgangspunkt, dass wir die Verschiedenartigkeit unserer Kinder als „normal“ akzeptieren müssen, um jedem einzelnen gerecht zu werden, ist richtig. Wir wollen daher mehr Kinder mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ in den regulären Einrichtungen fördern. Denn die Trennung der Kinder führt zu Vorurteilen, Isolation und Stigmatisierung. Als ersten Schritt brauchen wir ein Inklusionskonzept für Rheinbach. Dabei sind wir auf das Wissen der Lehrerinnen und Lehrer an der Albert-Schweitzer-Schule angewiesen. Sie soll deshalb zu einem Kompetenzzentrum weiterentwickelt werden und die anderen Schulen bei besonderem Förderbedarf zu unterstützen.

**8.) Längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung:** Der eben genannte Gedanke gilt nicht nur für den Umgang mit Kindern mit Behinderungen. Wir Sozialdemokraten wollen das frühe Aussortieren von Kindern stoppen. Die Sortierung der Kinder nach der Klasse 4 der Grundschule auf die weiterführenden Schulen im gegliederten Schulsystem erfolgt viel zu früh. Nur wenn alle Kinder unter einem Dach gemeinsam länger lernen, kann individuell auf ihre aktuellen Bedürfnisse reagiert werden, ohne dass ein Schulwechsel nötig ist. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Wir brauchen den Wechsel hin zu einem System, das Aufstieg in Bildungsgängen und nicht Abschulung begünstigt.

**9.) Der Elternwille zählt/Elternbeteiligung ist unabdingbar:** Nur wer miteinander redet, kann sich verstehen. Deshalb darf der Gesprächsfaden zwischen Politik und Betroffenen nicht abreißen. Denn wenn wir unser Schulsystem weiterentwickeln wollen, müssen wir die Akzeptanz bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer gewinnen. Momentan stellen wir fest, dass sich viele Eltern ein Angebot mit gemeinsamem Lernen, Ganztag und Abitur nach 9 Jahren wünschen. Auf der anderen Seite ist ebenfalls festzuhalten, dass sich ebenfalls viele Eltern die Schulform „Gymnasium“ mit einem Abitur nach 8 Jahren wollen.

**10.) Das neue Angebot im Sekundarbereich:** Sozialdemokraten sind immer für die Gesamtschule als Prototyp eines „Hauses des Lernens“ für das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler eingetreten. Wir in Rheinbach wollen den Wünschen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden und dabei den Elternwillen berücksichtigen. Daher wollen wir neben den bestehenden Gymnasien eine neue Schulform schaffen, in der alle Kinder gemeinsam unter einem Dach lernen und individuell gefördert werden. Diese Schulform soll auch ein Angebot für Eltern sein, die statt einem Abitur nach 8 Jahren ein Abitur nach 9 Jahren für ihr Kind anstreben.

Sowohl Gemeinschaftsschule als auch Gesamtschule erfüllen diese Anforderungen. Beide Schulformen würden daher einen Fortschritt im Vergleich zur momentanen Situation eines gegliederten Schulsystems bedeuten.

In der momentanen Situation scheint die Teilnahme am Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ noch besser in die Rheinbacher Schullandschaft zu passen als die Einrichtung einer Gesamtschule.

- Anders als die Gesamtschule muss eine Gemeinschaftsschule keine eigene Oberstufe vorhalten. Angesichts der Zahlen aus dem Schulentwicklungsplan ist es aber ausgeschlossen, dass neben den vorhandenen Oberstufen (Städtisches Gymnasium, Staatliches Berufskolleg und der gemeinsamen der privaten Gymnasien) noch eine weitere Oberstufe in Rheinbach existieren kann. Dagegen kann eine attraktive Gemeinschaftsschule sogar die vorhandenen Oberstufen stabilisieren, wenn sie ihnen zusätzlich Schülerinnen und Schüler zuführt. So kommen wir auch dem Ideal des „gemeinsamen Lernens“ näher, da Schülerinnen und Schüler aus den Gymnasien mit den Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule, die in die Oberstufe gehen, die letzte Etappe zum Abitur gemeinsam nehmen. Voraussetzung wäre selbstverständlich eine enge Kooperation der neuen Gemeinschaftsschule mit dem Städtischen Gymnasium und gegebenenfalls weiteren Kooperationspartnern. Ein Schulwechsel von Gemeinschaftsschule auf eine gymnasiale Oberstufe darf nicht als Hürde erlebt werden und muss ohne Brüche möglich sein.
- Eine Gemeinschaftsschule bietet hinsichtlich ihres pädagogischen Konzeptes einen weiten Spielraum. Sie kann kooperativ (Kurssystem) und integrativ (heterogene Lerngruppen mit Binnendifferenzierung = alle Kinder in einer Klasse) ausgestaltet sein. Es besteht die Möglichkeit, sie wie eine Gesamtschule zu organisieren, die in NRW grundsätzlich integrativ arbeitet und nur in einzelnen Fächern differenziert (Profilkurse). Der Sache nach kann eine Gemeinschaftsschule also eine „Gesamtschule ohne eigene Oberstufe“ sein. Sie hat den Anspruch, von Anfang an auch

(nicht ausschließlich) gymnasiale Standards zu bieten. Eine Gemeinschaftsschule eröffnet die Möglichkeit einer „Rheinbacher Lösung“, in der eine Schule nach den Wünschen und Vorstellungen vor Ort ausgestaltet werden kann.